

KLARTEXT
Von Miguel Sanchez
(politik@nrz.de)



Lasst dem Präsidenten Zeit!

Mögliche Wiederwahl Gaucks

Ein Gentleman schweigt und genießt. Auf den Bundespräsidenten trifft das sicher zu, wenn er liest, was Politikerinnen und Politiker aus fast allen Lagern über ihn sagen: Dass Joachim Gauck Deutschland gut tut. Das tut wiederum Gauck gut.

Es sind subtile Botschaften aus der Politik. Erstens wird Gauck geschätzt und bräuchte um eine Wiederwahl nicht zu bangen. Gut zu wissen. Es macht ihn frei. Zweitens geben sie dem Bundespräsidenten aber zu verstehen, dass sie seine Nachfolge schon auf der Agenda haben. Zu viel Zeit soll er sich auch nicht lassen. Denn 2017 wird ein neuer Bundestag gewählt und die Präsidentenfrage darob zum Politikum.

Deswegen wäre seine Wiederwahl so bequem. Sie würde SPD und Union vieles ersparen, auch der FDP und den Grünen. Bis auf die Linkspartei reklamieren ihn alle für sich, obwohl er sein Amt nicht im Stile eines Chamäleons ausgeführt hat. Gauck hat sich als politischer, unangepasster Präsident erwiesen. Ob man es mag oder nicht: Er hat einen eigenen Kopf und Relevanz.

Die meisten Vorgänger haben sich mit einer zweiten Amtszeit keinen Gefallen getan. Erst recht muss Gauck diese Erfahrung beherzigen, weil er nach einer Wiederwahl bis zum zarten Alter von 82 Jahren im Amt bleiben würde. Er wird in sich hineinhorchen und beim leisensten Zweifel eine Kandidatur verwerfen. Er ist bis 2017 gewählt. Es reicht, wenn er sich ein Jahr vorher erklärt. Die Freiheit sollte man ihm lassen.

Die große Keule

Sechs Tage Streik bei der Bahn

Von Peter Toussaint (p.toussaint@nrz.de)

Es musste wohl dazu kommen. Wie zwei Lokomotiven rasten die kleine Spartenwerkstatt und das große Unternehmen Deutsche Bahn unter Vollampf aufeinander zu. Die Notbremse hat niemand gefunden. Die Kunden müssen es ausbaden. Und wieder trifft es die, die sich kein Auto, keinen Zweitwagen und kein Taxi leisten können.

Wer daran schuld ist – daran scheiden sich die Geister. Unbestritten ist der Streik ein legitimes und ein notwendiges Mittel, um Lohn und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Besonderheit des Unternehmens DB bringt es mit sich, dass Streikende Millionen Kunden treffen. Das zwingt dazu, die Waffen des Arbeitskampfes behutsam zu wählen. Sechs Tage Streik – das werden stehengelassene Bahnhöfen für eine arg große Keule halten.

IMPRESSUM

Gründer: Prof. Dr. h. c. Dietrich Oppenberg
Herausgeber: Heinrich Meyer
Chefredakteur: Manfred Lachmet
Mitglieder der Chefredaktion: Christian Peters (Sport), Peter Toussaint.
Verantwortlich: Desk: Dr. Michael Minholz; Politik/Kultur/Sport: Jan Lessen. Nordrhein-Westfalen: Holger Dumke. Kultur/NRZ am Sonntag: Jörg Bartel. Vermissches/Die Seite Drei: Cornelia Farber.
Chefredakteur: Matthias Maruhn.
Für alle Anschrift wie Verlag.
E-Mail: redaktion@nrz.de
Chefkorrespondent: Miguel Sanchez (Berlin)
ZeusMedienverten: Harald Heuer.
Online: FUNKE DIGITAL GmbH & Co. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Markus Röder. Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 40. FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Inhalts sind ausschließlich in der Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dat.
Freitag: mit RIV, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen und Vertrieb: FUNKE MEDIEN NRW GmbH, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen, Briefschiff: 45123 Essen, Telefon: Se. Nr. 0201 804-0, Telefax: Nr. 0201 804-2841.
Anzeigen: Telefax-Nr. 0201 804-2418; anzeigenzentrale@funke-medien.de
Vertrieb: Telefon 0800 6060720*, Telefax-Nr. 0800 6060750*
(*kostenlose Servicenummer)
E-Mail: Leserservice@nrz.de
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Verlag: Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen, Briefschiff: 45123 Essen, Telefon: Se. Nr. 0201 804-3841, Telefax: Nr. 0201 804-3842.
Geschäftsführer: Manfred Braun, Heinrich Meyer, Michael Wüller
Druck: Druckzentrum Essen GmbH, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen.

Für die Herstellung der neuen Rhein/Neuen Ruhr Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



ZEICHNUNG: THOMAS PLASSMANN

„Wirtschaft ist mehr als Industrie“

Was der Chef der SPD-Selbstständigen, André Brümmer, über das Freihandels-Abkommen TTIP denkt

Von Manfred Lachmet



André Brümmer befürchtet Gefahren auch für die Daseinsvorsorge der Kommunen. FOTO: SPD

An Rhein und Ruhr. Vor kurzem konnte kaum jemand etwas mit dem Kürzel TTIP anfangen – inzwischen hat sich herumgesprochen, dass TTIP für das Europa-USA-Freihandelsabkommen steht (transatlantic trade and investment partnership). Politisch wird das geplante Abkommen heftig diskutiert. Die Bundesregierung will das Abkommen, Konzerne erhoffen sich Vorteile, Bürger sehen jedoch Gefahren. Darüber sprach die NRZ mit dem Landesvorsitzenden der Selbstständigen in der SPD, André Brümmer.

Hat TTIP Vorteile?

Brümmer: Die Abschaffung paralleler Zulassungsverfahren in der EU und den USA sowie die Anpassung ungleicher technischer Standards vermeidet Kosten. Der Abbau von Handelshemmnissen kommt besonders Deutschland als Exportnation zugute.

Sind kleine und mittelgroße Firmen dabei nicht eher Verlierer?

Brümmer: In erster Linie transatlantisch agierenden Konzernen. Das ist volkswirtschaftlich einnehmbar, solange kleinere und mittlere Unternehmen dadurch zumindest keine Nachteile haben. Wir haben keinen Futterneid! Exportorientierte Mittelständler können und sollen auch zu den Nutznießern von TTIP gehören. Ihre Interessen bleiben aber bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Im Gegensatz zu Konzern-Vertretern wurden sie bei Verhandlungen nicht beteiligt.

Kann Minister Gabriel Mehrheiten für TTIP in der SPD organisieren?

Es gelingt dann, wenn der offene Diskus-

sionsprozess in der Partei fortgesetzt wird und bei den TTIP-Verhandlungen wesentliche Veränderungen bisheriger Entwürfe erreicht werden. Beispiele: Keine Investitionsschutz-Verfahren vor nicht rechtlich legitimer Gerichtsbarkeit, keine Absenkung von wichtigen Standards beim Verbraucherschutz, etwa bei Lebensmittel-Importen.

Was passiert schlimmstenfalls?

Setzt sich die US-Seite bei den Verhandlungen durch, erleben wir die Absenkung sozialer und Umwelt-Standards sowie eine Klagewelle von US-Unternehmen vor „Handelsgerichten“ bei vermeintlichen Nachteilen durch unsere Gesetze.

Was also erwarten Sie von Gabriel?

Als Wirtschaftsminister muss er auch die Interessen kleinerer und mittlerer Unternehmen im Auge haben. Wirtschaft ist mehr als Industrie! Zudem muss er die TTIP-begeisterte Kanzlerin kritisch begleiten. Kein Kuschel-Kurs um des Koalitionsfriedens willen! Wir wollen, dass er einheitliche Aussagen zu TTIP macht, egal vor welchem Forum. Und wir wollen, dass er die Mitglieder in Entscheidungsprozessen zu TTIP mitnimmt.

Welche Gefahren sehen Sie, insbesondere durch private Schiedsgerichte?

Wir befürchten eingeschränkte Handlungsfähigkeit unseres Landes (Gesetzgebung, Daseinsvorsorge), da bei US-Unternehmens-Interessen betreffenden Gesetzen eine Klagewelle droht. Beispiele: Energiekonzerne und Atomausstieg, Lebensmittelwirtschaft und Verbraucherschutz. Besondere Gerichtsbarkeit, nicht parlamentarisch legitimiert, ist bei Beziehungen zwischen Staaten mit rechtsstaatlichen Strukturen nicht erforderlich. Wir befürchten die Übernahme des US-Systems (weitgehend regelreifes kapitalistisches System) statt unserer Sozialen Marktwirtschaft. Beim Verbraucherschutz sehen wir den Wechsel vom EU-Vorsorgeprinzip hin zum US-NachSORGEprinzip, dass z.B. nicht funktioniert, wenn Konzerne insolvent gehen.

Wie unterscheiden sich SPD-Selbstständige von anderen Unternehmern?

Wir stehen für soziales Engagement, für besonderes Verantwortungsbewusstsein für unsere MitarbeiterInnen und uneingeschränktes Bekenntnis zu sozialen Marktwirtschaft mitsamt Ausgleich von Arbeits- und Kapital-Interessen. NRZ

6000 MITGLIEDER ALLEIN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

- Die selbstständigen Sozialdemokraten sind in einer **AG organisiert**, die allein in Nordrhein-Westfalen rund 6000 Mitglieder zählt.
- Es sind **meist Klein-Unternehmer** (Handwerker, Freiberufler, Dienstleister, Kreative oder Soloselbstständige).

GELESEN

Der Kölner Stadt-Anzeiger zur Spionage: „Die Kanzlerin schweigt mal wieder. Kein Wunder, denn die NSA-Affäre ist unangenehm und undurchsichtig. Leicht kann man sich daran verbrennen. Also hat sich Merkel für Zurückhaltung entschieden und zugleich Aufklärungsbedarf verkünden lassen. Den gibt es in der Tat, und zwar dringenden. Wer hat was wann gewusst? Oder anders: Wer wusste etwas nicht, was er oder sie hätte wissen müssen? Dazu darf die Kanzlerin nicht länger schweigen.“

Die Frankfurter Rundschau zur NSA: „Im Kanzleramt war seit Jahren bekannt, dass die NSA beim Spionieren Grenzen überschreitet. Gemerkt hat das Kanzleramt das angeblich erst, als der Untersuchungsausschuss [...] kritisch nachgefragt hat. Die Frage ist, wer was wann gewusst hat. Und wer etwas nicht gewusst hat, obwohl er es hätte wissen müssen. Es geht darum, ob Hinweise ignoriert wurden. Ob es mangelnde Konfliktbereitschaft gegenüber den USA gab. Es gibt keinen Grund zu schweigen.“

GEHÖRT

„Russland und die EU sind zu Geiseln der Ukraine-Krise geworden.“

Wladimir Grinin, russischer Botschafter in Deutschland, lobt die Reise von Angela Merkel nach Moskau als Versöhnungsgeste



„Angela Merkel sollte personelle Konsequenzen ziehen.“

Johanna Uekermann, Vorsitzende der Jusos, fordert in der Spionage-Affäre den Rücktritt von Innenminister Thomas de Maizière (CDU)



LESER SCHREIBEN KLARTEXT



Kitätsstreik trifft die Falschen

Mit diesem verfehlten Streik werden die getroffenen, die in der Kette die abhängigsten Personen sind, Kinder und ihre Mütter (Väter). Wird da eigentlich auch an die Jobs der betroffenen Frauen (Männer) gedacht? Wahrscheinlich nicht, sonst käme ja nicht die Idee eines unbeschränkten Streiks auf. Diese Tarifaussensatzung läuft bereits längere Zeit und es hätte längst eine vernünftige Lösung gefunden werden müssen, wie das bei erwachsenen Menschen ziemlich üblich ist, wenn man von allen Seiten zu Kompromissen bereit ist. (...)
Petra Brigitte Franzen, Essen

Kiesabbau? Nur verbunden mit Mehrwert!

In dem Bericht über den neuen LEP wird das Konfliktpotenzial zwischen Ökologie/Gewässerschutz und Arbeitsplätzen in der heimischen Kiesindustrie ausführlich dargestellt. Rohstoffgewinnung ist standortgebunden, Rohstoffe sind ein Asset und kein Fluch der Natur. Wir brauchen sie für die Versorgung unserer Volkswirtschaft (...). Das gilt auch für die Kiesindustrie am Niederrhein mit ihren geologisch bedingten reichen Lagerstätten. Natürlich ist Kies auch mit regionaler Wertschöpfung verbunden, aber Arbeitsplätze allein sind kein Argument für heimische Rohstoffgewinnung oder für alternative Horrorszenerarien. Hier sollte klarer unterschieden werden. Die Kiesindustrie hinterlässt zugleich offene Wasserflächen, auch wenn die Ränder ökologisch wertvoll gestaltet sind. Aber zusätzliche Freizeitzeite, wie sie schon reichlich vorhanden sind, brauchen wir am Niederrhein nicht. Aus diesem Grunde bleibt die Kiesgewinnung langfristig nur dort sinnvoll, wo sie nicht nur Rohstoffproduzent, sondern mit einem „Mehrwert“ verbunden ist, also etwa der Schaffung wertvoller Auenlandschaften oder zusätzlicher Retentionsflächen entlang der großen Flüsse. Wo dieser „Mehrwert“ fehlt, sind die kommunalen Widerstände gegen neue Abbauvorrangflächen verständlich. (...)
Dr. Reinhard Bassier, Rheinberg

Vernachlässigter Frauenfußball

Da spielt (...) der sechsfache Deutsche Meister gegen den amtierenden Meister im DFB-Pokal-Finale und keine Zeile ist im Vorbericht der NRZ darüber zu lesen. 1.FFC Turbine Potsdam gegen VfL Wolfsburg – zwei erfolgreiche und renommierte Sportvereine im Fußball. Aber eben nur Frauenfußball. Da stellt sich mir die Frage, welchen Stellenwert der Frauenfußball hier in unserem Land überhaupt (noch) hat? Man möge sich vorstellen, über das Pokal-Finale der Herren zwischen Borussia Dortmund gegen VfL Wolfsburg würde keiner berichten... Was für ein Aufschrei!
Herbert Scholzen, Duisburg

De Maizière muss zurücktreten

Ich finde es erstaunlich, wie schnell der Minister Friedrich gegen der Edathy-Vorkommnisse sein Amt verloren hat. Im Gegensatz dazu ist Herr de Maizière trotz seiner Verfehlungen im Kanzleramt in Sachen BND-Überwachung immer noch auf seinem Posten. Hinzu kommt seine Verantwortlichkeit für die eklatanten Missstände bei der Bundeswehr (z. B. Drohnen, Gewehr G36 und vieles andere), die den Steuerzahler hunderte Millionen kosten. Gegenlicht wurde er sogar als Kanzlerkandidat (!) gehandelt. Es wird höchste Zeit, dass dieser Minister zurücktritt.
Josef Friedrich, Rheinberg

Palliativmedizin ist wichtig

Während der Sterbebegleitung meiner Mutter musste ich leider bei den Pflegekräften wie auch bei der ärztlichen Betreuung mangelnde Kenntnisse bezüglich der Palliativbetreuung beklagen. Ich halte es für längst überfällig, dass diese Thematik in die Aus- und Weiterbildung der Verantwortlichen aufgenommen wird.
Mechthild Kalkuhl, per E-Mail

Die E-Mail-Anschrift für Leserbriefe: klartext@nrz.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesendete Leserbriefe zu kürzen. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt.